

# Ostasienkunde – Beispiel und Disput

ULRICH TEICHLER

## Bericht über die Japan-Tagung und Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Ostasienkunde, 1973

Die Deutsche Gesellschaft für Ostasienkunde veranstaltete am 23./24. Februar 1973 eine Japan-Tagung und führte im Anschluß daran, am 24./25. Februar, ihre Mitgliederversammlung in Hamburg durch.

Zum Themenkreis **Außenpolitik und Außenhandel** referierten:

Joachim Glaubitz, München: „Aspekte einer Neuorientierung der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik“;

Udo-Ernst Simonis, Kiel: „Internationale Kooperation und Protektionismus: Das Konfliktspektrum der japanischen Außenhandelspolitik“;

Hans-Jürgen Müller, Hamburg: „Japans Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft“.

J. Glaubitz vertrat als zentrale Thesen, daß Japan in naher Zukunft keine Führungsrolle in der Weltpolitik übernehmen werde, daß es aus technologischen und militärischen Gründen an der Aufrechterhaltung einer Allianz mit den USA weiterhin interessiert sei und daß diese gerade bei einem Abzug der amerikanischen Truppen stabil bleiben werde; die Politik der VR China gegenüber Japan interpretierte er als Anzeichen dafür, daß Peking aus taktischen Gründen vorerst an der Beibehaltung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages interessiert sei.

U. E. Simonis machte deutlich, daß die üblichen Vorwürfe gegen die japanische Außenhandelspolitik, gemessen an der Politik der USA und der EWG-Länder, nunmehr unzutreffend bzw. übertrieben sind und daß das Interesse an der Liberalisierung des internationalen Handels im Falle Japans wachse. Ferner zog er in Zweifel, ob die vom Ausland bisher zumeist vorgeschlagenen Maßnahmen (Erleichterung des Kapitalimports usw., Aufwertung des Yen) tatsächlich die intendierte Angleichung der Importe an die Exporte nach sich ziehen werde. Als mögliche Alternativen diskutierte er u. a. Infrastrukturpolitik, Inflationierung, erweiterte öffentliche Entwicklungshilfe – auf der Seite der Handelspartner eine ernsthaftere Auseinandersetzung mit den Besonderheiten der japanischen Wirtschaft.

H.-J. Müller führte das geringe Ausmaß wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Japan und der EWG auf die weitgehende Substitutionsstellung beider Wirtschaftsräume und gegenseitige Handelsbarrieren zurück. Handelsverträge kämen nicht zustande, weil die EWG diese nur gemeinsam für alle Länder abschließen lasse, deren Interessen aber zu unterschiedlich seien und durch Japans gezielte Handelspolitik auch auseinanderfielen. Er plädierte jedoch für Handelsverträge an Stelle der jetzt üblichen Politik, durch Kartellüberprüfung den Import aus Japan einzuengen.

Zum Themenkreis **Sprache** referierten:

Brigitte Müller, Bochum: „Japanische Sprachpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg“;

Jutta Kühnast, Bochum: „Die Sprache in der kommerziellen Werbung in Japan“.

B. Müller gab eine Übersicht über die an der Sprachreform beteiligten Regierungs- und Verwaltungsinstanzen und über die Dokumente zur Reform der Amtssprache. Die sprachlichen Vereinfachungen nach dem Zweiten Weltkrieg seien zwar bedeutend, jedoch wiesen die Revisionen auf Mißerfolge der geplanten Reformen hin.

J. Kühnast demonstrierte an einer Fülle japanischer Werbeslogans deren sprachliche Besonderheiten, wie Vorliebe für Fremdwörter, Fach- und Kunstwörter, gleichzeitige Benutzung

verschiedener Schriftsysteme, Verwendung unvollständiger oder kurzer vollständiger Sätze und Einsatz des sonst fremden Ausrufezeichens.

Zum Themenkreis **Innenpolitik** wurden die folgenden Referate präsentiert:

Wolfgang Seifert, Frankfurt: „Die Extreme Rechte im Nachkriegs-Japan und ihr Verhältnis zur herrschenden Regierungspartei“;

William Lange, Hamburg: „Wandlungen der japanischen Innenpolitik unter Tanaka?“;

Siegfried Lörcher, Tübingen: „Probleme der sozialen Wohlfahrt in Japan“.

Konstituierend für die „Extreme Rechte“ sind nach W. Seifert die ideologischen Elemente des Tennoismus und Antikommunismus. Zwischen der „traditionellen Rechten“, die direkt Ideen und Institutionen der Vorkriegszeit aufnimmt, und Teilen der Regierungspartei wieder Beziehungen nach. Von den Richtungen der „potentiellen Rechten“, die sich an traditioneller Kultur orientiere, primär aktionistisch ausgerichtet sei oder einen neuen Nationalismus zu entwickeln suche, sei letztere wegen einer ähnlichen Kritik am Zustand der japanischen Gesellschaft wie die „Linke“ von Bedeutung. Bei der „religiösen Rechten“, der letztgenannten der organisatorisch zersplitterten und sozial heterogenen Gruppierungen, sei die Entsprechung ideologischer Grundlagen zu den anderen Typen schwer nachweisbar.

Nach W. Lange wurde durch die Wahl Tanakas zum Ministerpräsidenten die Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel der japanischen Politik erweckt. Das hervorgehobene Image eines jugendlichen Außenseiters sowie sein Reorganisationsplan nährten diese Erwartungen, jedoch legten das Ausmaß der innenpolitischen Probleme, die Folgenlosigkeit der ersten Regierungsmonate sowie Begleitumstände und Folgen der Verluste bei der Parlamentswahl Zweifel an wesentlichen Veränderungen nahe.

S. Lörcher untersuchte die Probleme der „sozialen Wohlfahrt“ in Japan, besonders am Beispiel des neuen Entwicklungsplans für die Jahre 1973–77. Die Politik lege noch immer großes Gewicht auf die Steigerung des Bruttosozialprodukts, aber in der Öffentlichkeit werde die Verbesserung der Lebensqualität nicht mehr in Harmonie mit unbeschränkt wachsender Wirtschaft erwartet. Als ein Anzeichen des Wandels in der Wirtschaftspolitik hob er hervor, daß mit dem neuen Plan erstmals die Erhöhung des Anteils der Steuern am Sozialprodukt in Kauf genommen bzw. als notwendig erachtet werde.

Den jeweils etwa dreißigminütigen Referaten folgten gleichlange Diskussionen, in denen teils Ergänzungsfragen, teils zusätzliche Informationen und in einigen Fällen auch Probleme des Untersuchungsansatzes zur Sprache kamen. Nur ein geringer Teil der Arbeiten verfolgte eine grundlegende Fragestellung systematisch und integrierte dabei Fachkenntnisse der wissenschaftlichen Disziplinen wie des Gegenstandes in befriedigender Weise. Ein Teil der Referenten berichtete über die Arbeitsergebnisse von Studien, an deren Förderung mit Forschungsstipendien die Gesellschaft durch Begutachtung und Beratung seitens ihrer Mitglieder beteiligt ist. Die Ergebnisse solcher Studien fallen erwartungsgemäß unterschiedlich aus. Insgesamt kann es nicht wundern, daß die ersten Versuche, die traditionelle Einseitigkeit der Japanologie zu überwinden, schwerfallen. Jedoch bleibt zu fragen, ob die Ungleichgewichtigkeit der Arbeiten zwischen zufriedenstellender Erarbeitung der Sprache und des Feldes auf der einen Seite und schwacher wissenschaftlicher Systematik auf der anderen Seite durch das Bewilligungsverfahren von Forschungsstipendien nicht nur nicht vermieden, sondern sogar bestärkt wird: die Pflicht von Stipendiaten, sich durch einen Professor betreuen zu lassen, legt für Japanologen die Anlehnung an Japanologen und damit ein geringes Interesse an der Überwindung dieser Schwächen nahe.

Findet nun eine solche Tagung nicht öffentlich statt und wird sie an eine Mitgliederversammlung angelehnt, so sollte die Gesellschaft im Sinne ihrer Zielsetzung Probleme dieser Art zur Diskussion stellen.

Die **Mitgliederversammlung**, an der fast einhundert Mitglieder teilnahmen, befaßte sich vor allem mit der Finanzierung, den Grundsätzen der Gesellschaft sowie der Begutachtung von Forschungsanträgen und wählte einen Vorstand.

Ein Intervall von zwei Jahren seit der vorangegangenen Mitgliederversammlung war vor allem deswegen eingetreten, weil zwischenzeitlich die Finanzierung der Gesellschaft in Frage gestellt schien. Der Geschäftsführer konnte von der finanziellen Absicherung eines Teils der Aktivitäten berichten; im übrigen verhandle man um weitere Unterstützungen.

Die Suche um eine finanzielle Absicherung des bisherigen Rahmens der Aktivitäten, die Bemühungen um eine Erweiterung der Aufgaben und schließlich die Kritik einiger Mitglieder legten die Entscheidung nahe, die Grundsätze der Gesellschaft zu diskutieren. Seit der vorigen Mitgliederversammlung hatten der Vorstand und der Wissenschaftliche Beirat durch verschiedene Stellungnahmen das Programm der Gesellschaft geprägt, unter anderem durch ein Memorandum zur Lage und zum Ausbau der Ostasienkunde und durch eine Kritik an der Erklärung der Konferenz Jüngerer Deutschsprachiger Asienwissenschaftler in Springen, 1972.

Mit einem „Grundsatzpapier“, das eine Arbeitsgruppe des Beirats entworfen und mit dem Vorstand zuvor erörtert hatte, wurden Zielsetzung, Organisation und Aktivitäten der Gesellschaft der Mitgliedschaft zur Diskussion gestellt. Das Grundsatzpapier hebt die programmatische Offenheit der Gesellschaft wie die Notwendigkeit des Ausbaus von vielseitigen Aktivitäten zur Förderung gegenwartsbezogener Ostasienforschung hervor.

In der Diskussion wurden nur einige Fragen behandelt, wie z. B. die Gefahr, den Gegenwartsbezug zu verlieren, wenn man den Rahmen als „zeitgemäße“ Ostasienforschung bestimme, sowie das Verhältnis von Japanologie bzw. Sinologie auf der einen und sozialwissenschaftlichen Disziplinen auf der anderen Seite. Es wurde beschlossen, die weitere Diskussion in vier mehrmonatig tätige Arbeitskreise zu verlegen, die sich mit (a) Ausbildung und Tätigkeitsfeldern von Ostasienwissenschaftlern, (b) Ostasienforschung, (c) sonstigen Tätigkeiten der Gesellschaft und (d) mit deren Satzung befassen sollen.

Auf Grund von kritischen Äußerungen über die mangelnde Transparenz von Begutachtungskriterien und -verfahren für die Finanzierung von Forschungsvorhaben wurde in Beschlüssen empfohlen, daß der Beirat Kriterien für die Begutachtung erarbeitet und daß die Stiftung Volkswagenwerk die Gründe für ihre eigenen Stellungnahmen angibt. Abgelehnt wurde der Antrag, daß die Gutachten, die im Rahmen von Aktivitäten der Gesellschaft entstehen, den Antragstellern zugänglich gemacht werden.

Aus dem im Februar 1971 gewählten Vorstand war zwischenzeitlich B. Großmann ausgeschieden, an seine Stelle war G. Kahn-Ackermann getreten; auf die erneute Kandidatur verzichteten J. Domes, H. Franke, G. Kahn-Ackermann, B. Lewin, K. Müller, H. Zachert. Wiedergewählt wurden F. van Briessen, D. Heizing, E. Majonica, E. von Randow, O. Wolff von Amerongen; neu in den Vorstand gewählt wurden W. Bauer, W. Draguhn, H. Hellbeck, R. Meineke, W. Röhl, H.-W. Vahlefeld.

Die Deutsche Gesellschaft für Ostasienkunde kann von ihrem Programm und der Lage der Ostasienforschung her sich nicht, wie ähnliche Organisationen, mit der Erhaltung und dem graduellen Ausbau des sie interessierenden Forschungsfeldes begnügen. Sie muß und will, wie man aus programmatischen Erklärungen ersieht, solche Forschung fördern, die bisher nur in kleinen Ansätzen besteht. Auf der Mitgliederversammlung wurden deutlich die daraus entstehenden Schwierigkeiten sichtbar: Auf der einen Seite gewinnt sie ihr Ansehen durch Kooperation mit Wissenschaftlern, die den Wandel der Ostasienwissenschaften eher befürchten; auf der anderen Seite sucht sie die Aktivitäten aller Interessierten zu koordinieren und stößt damit auf eine zunehmende interne Heterogenität, die wiederum die Koordination erschwert. Der Wunsch nach größerer Aktivität der Gesellschaft wurde von dem Verhalten der meisten Teilnehmer zum Lippenbekenntnis degradiert: Es überwog die Ängstlichkeit um die Erhaltung von Positionen; Verfahrensdiskussionen häuften sich, um Arbeitskreise zur Programmatik und Transparenz der Begutachtung von Forschungsvorhaben abzublocken. Viele zogen Wohlverhalten gegenüber den Geldgebern einer Auseinandersetzung über die Kriterien der Forschungsförderung vor. Dabei sahen alle ein, daß man die Aktivitäten der Gesellschaft nur steigern und mehr finanzielle Unterstützung erwarten könne, wenn man eine Sachautorität zu entwickeln in der Lage sei.

Auch die Scheu, sich mit dem Japan-Seminar und der Mitgliederversammlung an die Öffentlichkeit zu wenden, paßt in dieses Bild. Schließlich klang auch in der Kritik jüngerer Sinologen und Japanologen mehr die Sorge um die Verbesserung ihrer Fächer an den Universitäten als um interdisziplinäre Forschung an.

Mit den Arbeitskreisen, in denen die unterschiedlichen in der Gesellschaft vertretenen Gruppierungen die zentralen Probleme ausführlicher diskutieren können, gab man sich eine institutionelle Basis, um eine Verbesserung und Koordination der gegenwartsbezogenen Ostasienforschung zu erreichen. Man wird abwarten müssen . . .